

Angriff auf die Kassen des IS

Eine internationale Expertengruppe fordert ein härteres Vorgehen gegen Terror-Finanzierung.

Von Thomas Seifert

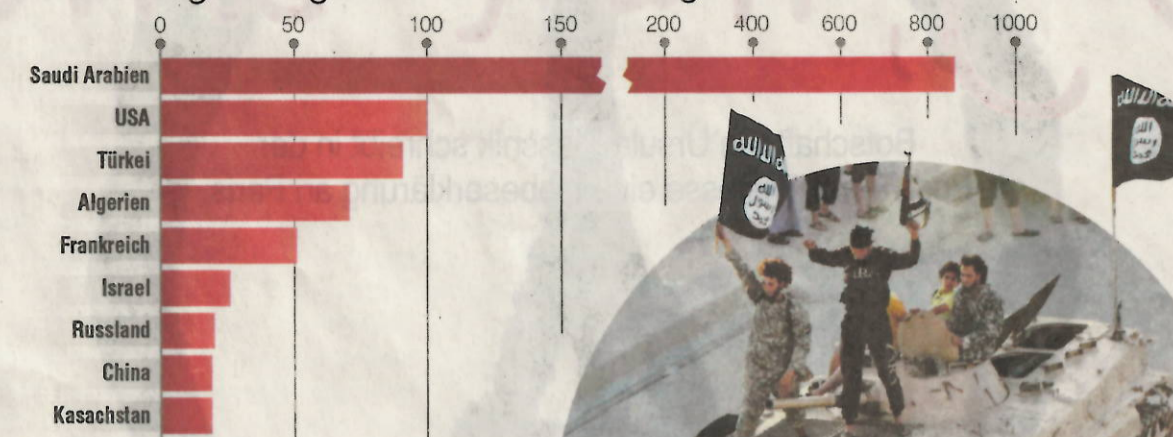
Paris. In dem 12-Seiten-Papier der OECD-Experten geht es um schmutzige Geschäfte mit Öl, Terrorfinanzierung und Geldwäsche.

Die Experten der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) der Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen gegen Geldwäsche (Financial Action Task Force on Money Laundering) haben ihren Bericht beim G20-Gipfel vor einer Woche in der türkischen Hafenstadt Antalya vorgelegt. Durch die Terrorattacken vom 13. November hat er besondere Brisanz bekommen.

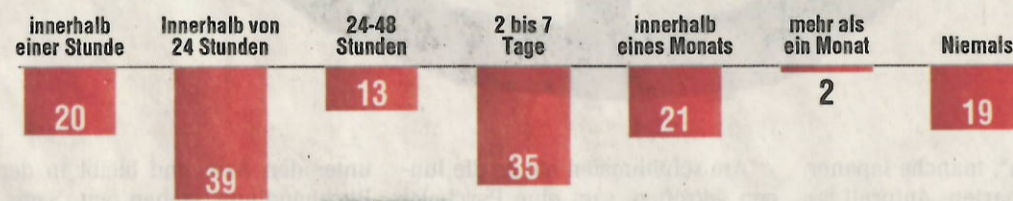
Besonders aufschlussreich ist eine Grafik auf Seite 4 des Berichts, wonach es seit 2010 in keinem Land mehr Verurteilungen wegen Terrorfinanzierung gegeben hat als im Königreich Saudi-Arabien. In dem ölfreudigen Golfstaat, der auch Kustos der heiligen Stätten in Mekka und Medina ist, gibt es viele Anhänger der sunnitischen Glaubensrichtung des Wahhabismus. Die Wahhabiten berufen sich auf eine strenge Auslegung des Koran. Diese Koran-Interpretation wird auch von islamischen Fundamentalisten geteilt und neben den Henkern des Islamischen Staates (IS, oder Dschihad), wie die Terrororganisation auf Arabisch genannt wird, sind es nur die Scharfrichter in Saudi-Arabien, die Menschen durch Enthaupten hinrichten. Terrorexperten haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wohlhabende Individuen und religiöse Stiftungen in den Golfstaaten den selbst ernannten Islamischen Staat finanziell durch Spenden unterstützen.

Dazu gehören nicht nur direkte Gelder oder Sachspenden an den IS, sondern auch die Finanzierung von Reisekosten ausländischer IS-Söldner. Die internationale Staatengemeinschaft hat im September 2014 darauf reagiert: In der Resolution 2178 des UN-Sicherheitsrats werden die UN-Mitgliedsländer

Verurteilungen wegen Terror-Finanzierungen



Zeitverzögerung bei der Umsetzung von UN-Sanktionen gegen Terror-Finanzierer



Grafik: wz-FATF-Report, Quelle: FATF-Report, Foto: Reuters

aufgefordert, die Finanzierung von Reisekosten ausländischer Kämpfer zu kriminalisieren. Doch in dem FATF-Bericht wird kritisiert, dass in 73 Prozent der UN-Mitgliedsländer diese Resolution noch nicht in nationales Recht gegossen haben.

Im FATF wird zudem die langsame Umsetzung von finanziellen Sanktionen kritisiert, viele Länder würden auch die vorhandenen Instrumente zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung nicht oder nur unzureichend nutzen.

Saudi-Arabien ist das Land mit der größten Zahl an Fällen

Nach Saudi-Arabien mit über 800 Fällen seit 2010 liegen die USA mit 100 Fällen auf dem zweiten Platz vor der Türkei, Algerien und Frankreich. Doch warum liegen die USA auf Platz zwei? Das dürf-

te darauf zurückzuführen sein, dass dort die Wachsamkeit und die Kontrollen höher sind, beziehungsweise von den dortigen Ermittlungsbehörden mehr Fälle aufgedeckt werden können.

In Österreich ist der Fall von Terrorismusfinanzierung im § 278d des Strafgesetzbuchs geregelt, in dem die Forderungen der UN-Sicherheitsresolution 1373 (2001), die nach den Anschlägen des 11. September 2001 eingebracht wurde, umgesetzt werden. Der Tatbestand der Geldwäsche ist in Österreich in § 165 des Strafgesetzbuchs geregelt. Nach Recherchen der „Frankfurter Allgemeinen“ hat Deutschland einen „guten Umsetzungsstand“. Einerseits sei im Gesetz ein neuer spezieller Straftatbestand zur Verfolgung der Finanzierung terroristischer Gewalttaten geschaffen und

zugleich die Liste der terroristischen Gewalttaten, auf die sich die Finanzierung beziehen kann, erweitert worden. Das Strafmaß wurde hinaufgesetzt und die sogenannte „Erheblichkeits-Schwelle“ für die finanzielle Zuwendung wurde abgeschafft.

Die Pönalisierung der finanziellen Unterstützung für den Terror kann aber ein Problem nicht lösen: Der Islamische Staat verfügt mittlerweile über nicht unbedeutende Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Vor allem türkische Ölschmuggler stehen in Verdacht, mit dem Schmuggel von syrischem und irakischem Öl den Islamischen Staat finanziell zu unterstützen. Die US-Luftstreitkräfte haben daher begonnen, Tanklaster auf IS-Territorium zu bombardieren und damit den IS vom Ölschmuggel abzuschneiden. ■

Dritte Leiche in gestürmter Wohnung gefunden

Paris. In der bei einem Anti-Terror-Einsatz gestürmten Wohnung in Saint-Denis nahe Paris ist ein weiterer Leichnam gefunden worden. Der in der Nacht auf Freitag entdeckte Körper war allerdings so schwer verstümmelt, dass die Ermittler nicht einmal eindeutig sagen konnten, ob es sich dabei um einen Mann oder eine Frau handelt. Damit gab es bei dem Einsatz am Mittwoch drei Tote.

Bereits am Donnerstag war die Leiche des mutmaßlichen Drahtziehers der Pariser Anschläge, Abdelhamid Abaaoud, eindeutig identifiziert worden. Die zweite Tote ist laut der Pariser Staatsanwaltschaft die 26 Jahre alte Hasna Aitboulahcen, die bei der Erstürmung der Wohnung einen Sprengstoffgürtel gezündet hat. Aitboulahcen war eine Cousine von Abaaoud und soll sich erst im vergangenen halben Jahr radikalisiert haben.

Aitboulahcen soll es auch gewesen sein, die die Ermittler letztendlich auf die Spur ihres Cousins gebracht hat. Da bekannt war, dass Aitboulahcen in Kontakt mit Abaaoud stand, wurde ihr Telefon überwacht. Die 26-Jährige konnte schließlich in Saint-Denis aufgespürt werden, am Dienstagabend wurde dann beobachtet, wie Aitboulahcen ihren Cousin in die am Mittwoch gestürmte Wohnung führt.

Den Bildern einer Überwachungskamera zufolge war der belgisch-marokkanische Islamist auch am Tag der Attentate im Großraum Paris. Welche Rolle Abaaoud unmittelbar bei den Anschlägen spielte, war am Freitag noch unklar. Die Ermittler prüfen, ob er auch einer der Angreifer war. Unter Hochdruck suchten die Behörden am Freitag noch nach dem 26-jährigen Salah Abdeslam. Er soll jenem Kommando angehört haben, das dutzende Gäste in Restaurants erschoss. Laut der Nachrichtenagentur Belga befinden sich zwei Verdächtige, die Abdeslam nach den Anschlägen nach Brüssel zurückgebracht haben sollen, noch in Haft. ■

EU verschärft Kontrollen an ihren Außengrenzen

Innenminister setzen auf verstärkte Sicherheitsmaßnahmen und besseren Austausch von Informationen.

Von WZ-Korrespondentin
Martyrna Czarnowska

Brüssel. Passkontrollen für alle: Was an den Außengrenzen der EU bisher nur für Drittstaatsangehörige gilt, soll künftig auch Unionsbürger betreffen. Ein Reisedokument herzuzeigen wird nicht mehr ausreichen; die Daten sollen beispielsweise auch noch mit Polizeiinformationen abgeglichen werden. Um dies nun systematisch durchführen zu können, haben die EU-Staaten die EU-Kommission beauftragt, bis Jahresende eine entsprechende Änderung des Schengen-Abkommens zu prüfen, das innerhalb weiter Teile der Union die Personenkontrollen abgeschafft hat.

An dieser Reisefreiheit wollen die Mitglieder zwar festhalten, aber der Schutz der Außengrenzen soll verstärkt werden. Darauf einigten sich die Innenminister der Union bei einer Sondersitzung in Brüssel, um die Frankreich nach den Terrorattacken in

Paris ersucht hatte. Der Plan soll sich in eine Reihe von Maßnahmen fügen, die den Kampf der EU gegen den Terrorismus intensivieren sollen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Umsetzung bereits beschlossener Vorhaben.

Denn dass die nationalen Sicherheitsbehörden enger zusammen arbeiten und ihre Erkenntnisse austauschen sollten, ist schon seit längerem Konsens. Doch geht diese Kooperation bis

heute nicht weit: So leiten nur eine Handvoll Länder Angaben über ausländische Kämpfer an die europäische Polizeibehörde Europol weiter. Ebenso könnten die unterschiedlichen Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem SIS, Visa-Listen oder Interpol-Akten besser miteinander vernetzt werden.

Diese Möglichkeiten sollen die Behörden auch an den sogenannten Hotspots haben, in denen

Flüchtlinge erstmals registriert werden. Europol soll gemeinsam mit der Grenzschutzagentur Frontex beim Aufbau helfen. Die zwei Agenturen sollen überhaupt mehr Befugnisse und mehr Personal erhalten. Sie sollen nämlich den Staaten dabei helfen, gegen Menschen- und Waffenschmuggler vorzugehen.

Register für Passagierdaten

Doch auch auf anderer Ebene soll die Weitergabe von Informationen etabliert werden. Seit längerem schon laufen Verhandlungen über einen EU-weiten Austausch von Flugpassagier-Daten. Gespräche darüber führen derzeit Vertreter der Länder, des EU-Parlaments und der EU-Kommission. Sie sollen nach dem Willen der Minister bis Jahresende abgeschlossen sein. Die Staaten pochen darauf, dass auch Flüge innerhalb der EU vom Register umfasst sind. Das lehnten die EU-Abgeordneten aber bisher ab. Wie lange die Angaben gespeichert werden sollten,

ist ebenfalls noch ungeklärt. Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve forderte eine Frist von mindestens einem Jahr.

„Wir dürfen nicht auf ein weiteres Drama warten, bis wir handeln“, erklärte der Franzose. Daher zeigte er sich zufrieden, dass die Kommission bereits Vorschläge zu einer Ausweitung der Gesetzgebung zum Erwerb von Schusswaffen vorgelegt hat. So sollen Regeln zur besseren Verfolgbarkeit von Waffen fixiert werden. Der Verkauf über Ländergrenzen hinweg soll in Zukunft ebenso nachvollziehbar sein. Ein weiterer Schwerpunkt: die Bekämpfung des illegalen Handels in den Balkanstaaten.

Im Visier der EU steht außerdem die Terrorfinanzierung. Auch da sollen die Bestimmungen verschärft werden. Sie sollen ebenfalls Zahlungen berücksichtigen, die nicht über Banken laufen und Bargeldkurriere, virtuelle Währungen, Prepaid-Karten, Gold- und Edelmetalltransfers umfassen. ■



Frankreichs Minister Cazeneuve drängt auf Taten. Foto: afp

WIENER ZEITUNG